

PRESSEMITTEILUNG**Unternehmen, Experten und Parlamentarier vereint für die Schaffung
eines rechtlichen Status für nachhaltige Unternehmen**

Die "Allianz für Nachhaltige Unternehmen" begrüsst [die parlamentarische Initiative, die kürzlich von Sophie Michaud Gigon](#) im Nationalrat eingereicht wurde. Sie zielt darauf ab, Schweizer Unternehmen anzuerkennen, die sich für mehr Nachhaltigkeit in ihrem Unternehmen engagieren. Der Vorstoss wird von 27 weiteren Mitgliedern des Nationalrats mit unterschiedlicher Parteizugehörigkeit unterstützt. Ziel der parlamentarischen Initiative ist es, die schweizerische Gesetzgebung zu ändern, um die Einführung eines freiwilligen Rechtsstatus einer „Nachhaltigen Unternehmung“ zu ermöglichen. Dieser Status würde hohe Anforderungen an die Unternehmensverantwortung und Nachhaltigkeit stellen, sowie die Pflicht zur Berichterstattung und zur Durchführung unabhängiger Prüfungen (Audit) mit sich bringen.

„Der Rechtsstatus ‘Nachhaltiges Unternehmen’ würde einen klaren Rahmen für KMU schaffen, die sich für mehr Nachhaltigkeit in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit engagieren. Es wäre ein Zeichen von Glaubwürdigkeit und Differenzierung. Diese Anerkennung ist dringend notwendig, um mehr Unternehmen zu ermutigen, sich der Nachhaltigkeit zu verpflichten.“ sagt Sophie Michaud Gigon, Nationalrätin der Grünen Partei.

„Nachhaltige Unternehmen integrieren ESG-Prinzipien in ihre Betriebsabläufe und betonen die kontinuierliche Verbesserung in diesen Bereichen“, sagt Jonathan Normand, CEO der Stiftung B Lab (Schweiz) und Sprecher der Allianz für Nachhaltige Unternehmen. „Sie verpflichten sich zur Messung und Überprüfung ihrer Praktiken, um einen verantwortungsbewussten Ansatz in ihrem Geschäftsbetrieb zu gewährleisten und den Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu beschleunigen.“

Letzte Woche hat Josef Dittli, FDP-Ständerats, ebenfalls ein [Postulat](#) eingereicht. Diese fordert den Bundesrat auf, die Auswirkungen der europäischen und internationalen ESG-Normen und Vorschriften auf die schweizerischen KMU zu untersuchen und konkrete Handlungsansätze zur Unterstützung der KMU vorzuschlagen.

17

**Rechts-
expertInnen**

28

**ParlamentarierInnen
FDP-SP-Grüne-GLP-Mitte**

+500

**Unternehmen
& UnterzeichnerInnen****Ein Einziger
Planet**

Die gegenwärtige Debatte konzentriert sich darauf, wie Schweizer Unternehmen regulatorische Anforderungen erfolgreich bewältigen und die Veränderungen als Chance erkennen können. Die Etablierung eines rechtlichen Status für Nachhaltige Unternehmen ist entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Unternehmen auch in der Zukunft sicherzustellen und um auf das steigende Interesse von Konsument:innen sowie Investor:innen an nachhaltiger Entwicklung zu reagieren.“

Gerade im Kontext der aktuell stattfindenden 'Building Bridges'-Veranstaltung, die Akteure aus dem Bereich der nachhaltigen Finanzen vereint, ist der Ansatz von besonderer Bedeutung. „Dank der Zusammenarbeit zwischen Branchenverbänden, renommierten Jurist:innen und der Unterstützung von mehr als 500 engagierten Unternehmen sind die Voraussetzungen mehr denn je gegeben, um Schweizer KMUs an die Spitze dieser neuen Ära zu setzen. Es ist auch eine Möglichkeit, eine klare Botschaft zu senden: Die Schweizer Institutionen unterstützen den Privatsektor entschieden auf seinem Weg hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft und Finanzwelt“, betont Jonathan Normand.

Die parlamentarische Initiative wird von einer Gruppe unabhängiger juristischer Expert:innen unterstützt, die von Rechtsprofessorin Giulia Neri-Castracane von der Universität Genf co-präsiert wird. Sie ist auch die Autorin der [rechtsvergleichenden Studie „Sustainable purpose-driven enterprises“](#). Diese Expertengruppe hat einen Bericht verfasst, der für ein notwendiges 'Update' der schweizerischen Gesetzgebung plädiert, um den Privatsektor zu unterstützen. Diese Expertengruppe hat einen Bericht verfasst, der die Dringlichkeit einer Aktualisierung der schweizerischen Gesetzgebung betont, um den Privatsektor zu stärken. “Es ist Zeit, Schweizer Unternehmen, die sich zur Erfüllung der Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verpflichten, offiziell rechtlich anzuerkennen und zu identifizieren“, erklärt Prof. Henry Peter. Er ist Direktor des ‘Centre en Philanthropie’ an der Universität Genf und ein Mitglied der juristischen Gruppe der Allianz.

Für weitere Informationen zu den Vorstössen:

[Link zur parlamentarischen Initiative eingereicht im Nationalrat von Sophie Michaud Gigon](#)

[Link zum Postulat eingereicht im Ständerat von Josef Dittli](#)

Über die Allianz für Nachhaltige Unternehmen

Die Allianz für Nachhaltige Unternehmen vereint visionäre Unternehmen und Organisationen, die die entscheidende Bedeutung des Privatsektors angesichts der grossen Herausforderungen unserer Gesellschaft erkennen. Die Allianz ist überzeugt von der Notwendigkeit einer öffentlichen Politik, die nachhaltige Geschäftspraktiken fördert und der gesamten Gesellschaft zugutekommt. Sie zählt mehr als 500 Unternehmen und Unterzeichner in der Schweiz. Sie wird von namhaften Einrichtungen unterstützt, wie dem Verband Swiss Leaders und Der Gewerbeverein. Die Allianz wird von der Stiftung B Lab Schweiz koordiniert. B Lab Schweiz setzt sich dafür ein, dass die Schweizer Wirtschaft resilient bleibt.

Für weitere Informationen besuchen Sie unsere Webseite:

www.alliance-sustainable-enterprises.ch/de

Kontakte:

Jonathan Normand, jnormand@blab-switzerland.ch, 0791745414

Josephine Herzig, josephine@blab-switzerland.ch

Sophie Michaud Gigon, sophie.michaud_gigon@parl.ch, 0774346408

Anhang:

- Zusammenfassung des Vorschlags für einen neuen Rechtsrahmen für Nachhaltige Unternehmen
- Manifest für die Anerkennung Nachhaltiger Unternehmen
- Rechtliche Überlegungen zur Einführung eines Rechtsstatus 'Nachhaltiges Unternehmen' in der Schweizer Gesetzgebung